

Die GmbH-Universität für die Mandarine der Zukunft (II)*

209

Nachtrag¹ und Materialien zur privaten Stiftungsuniversität

»Solche Forschung kann ich besser an dem Wissenschaftszentrum betreiben, das unabhängig von Interessengruppen und *frei von einer Universitätspolitik* ist« (Richard Löwenthal, Politologe, Otto Suhr Institut, Freie Universität Berlin).

»Ich habe an der Gründung des Berliner Instituts mitgearbeitet und werde weiter daran mitarbeiten, weil ich es für ein wissenschaftlich sehr wichtiges und demokratisch kontrolliertes Projekt halte« (Wolfgang Zapf, Soziologe, Universität Frankfurt).

I,1. Zu Funktion und Folgen einer GmbH-Universität, zu ihrer Sprengung öffentlich-rechtlicher Bindungen, einschließlich des Art. 5 III GG, hat Christ und Welt schon am 25. April 1969 eine informative Charakterisierung publiziert:

»Um dem reformerischen Hin und Her zu entgehen, das keine technokratischen Lösungen kennt und das Heil vor den demonstrierenden Studenten in der Auflösung der Fakultätsstrukturen sucht, erwägen mehrere Ordinarien (etwa K. Biedenkopf) aus ihren Instituten Gesellschaften mit beschränkter Haftung zu machen. Diese Lösung hätte viel für sich: Die Professoren könnten den Lehr- und Forschungsplan aufstellen, den sie im Rahmen langfristiger Programme für optimal halten, ohne sich um esoterische Marxismus-Deutungen kümmern zu müssen.

Schließlich wären die Institute nicht mehr einfach »Öffentlichkeit« schlechthin, wo jeder nach Herzenslust demonstrieren kann, sondern »Wirtschaftsbetriebe«, die sich ihre Kunden aussuchen dürfen»²

Man mag dies zusammen sehen mit den bemerkenswerten prognostischen Fähigkeiten Helmut Schelskys (der das was er schreibt, auch zugleich in Bielefeld praktiziert³): »Die Auswanderung der Forschung aus dem Hochschulsystem ist unvermeidbar«⁴.

* Wir möchten die Leser dieses Artikels bitten, ihnen verfügbares, schwerer zugängliches Material zu den hier angesprochenen Themenkomplexen (Privatuniversitäten; »Externalisierung« von Forschung; Industriedominanz bei diesen Prozessen . . .) der *Redaktion der »Kritischen Justiz«* zugehen lassen, so daß dieses in einer weiteren Arbeit zu diesem Problemkreis berücksichtigt werden kann.

¹ Als zusätzliche Materialien – vgl. FN 2 in: KJ 1/70, S. 73 – des Wissenschaftszentrums liegen inzwischen vor: Bericht über das erste Jahr (Fassung Februar 1970, Fassung März 1970); Behauptungen und Tatsachen, April 1970; Presseerklärung, April 1970. Sekundärmaterialien zur Wissenschaftszentrums-GmbH finden sich in: Die »GmbH Universität« für die Mandarine der Zukunft . . ., April 1970, 41 S. (vervielf. Man., vergriffen); GmbH-Universität mit öffentlichen Mitteln, in: FR vom 24. 4. 1970, S. 16 (Deutschland-Ausgabe); und ausführlichst jetzt: *Stephan Leibfried, Lukas Niemann, Joachim Gessinger u. a., Die »GmbH-Universität« für die Mandarine der Zukunft . . ., Sonderdruck der Marburger Blätter mit Materialien zu diesem Problemkreis. Zu bestellen über: Allgemeiner Studentenausschuß der Universität Marburg, 355 Marburg, Erlernring 5. (Tel. 23597)*

² Sperrung nicht im Original

³ Vgl. dazu Schelskys »Zentrum für interdisziplinäre Forschung« (ZiF) an der Universität Bielefeld: es handelt sich um ein Forschungsinstitut mit einem vierköpfigen Direktorium (vier Professoren: Schelsky, E. J. Mestmäcker, Friedrich Hirzebruch, Harald Weinrich), das die wesentlichsten Kompetenzen hat (vgl. §§ 11, 12 der ZiF Satzung), einschließlich der Satzungsänderung (vgl. § 26). Umrahmt ist das ZiF von einem 16 köpfigen Beirat, davon 2 Assistenten. Gekrönt wird es von einem geschäftsführenden Direktor, d. i. Helmut Schelsky (vgl. Vorlesungsverzeichnis der Universität Bielefeld, SS 1970, S. 14). Zu einem Angriff der Assistenten auf das ZiF (Forschungsmittel: ca. 300 000 DM; Forschungsmittel der Fakultät für Soziologie – »Lehrforschung«? – ca. 30 000 DM) unter Verweis auf das Wissenschaftszentrum und dessen Flucht-

»... In den letzten Jahren sind aber auch immer mehr kultur- und sozialwissenschaftliche Forschungsinstitute außerhalb der Hochschulen gegründet worden, zumeist weil für neue Aufgabenstellungen die Hochschulen keinen Raum gaben². Dieser Trend der Auswanderung der Forschung wird durch die gegenwärtige Hochschulkrise und deren Bilanz in den Hochschulgesetzen eindeutig verstärkt ... Das alles muß zu Lasten einer in der Hochschule verbleibenden Forschung gehen ... Der Haupteffekt nach dieser Richtung scheint mir aber in der psychologischen Wirkung zu liegen, die die studentischen Protestaktionen, ihre inneruniversitären Kampfmittel der Mitbestimmung und die Auswirkung der Hochschulgesetze auf die Forscher in den Universitäten, also vor allem die Professoren, aber auch viele Habilitanden, gehabt haben: der Drang, all diesen frustrierenden Kommunikationsexzessen und als entehrend empfundenen Aggressionen zu entfliehen, um sich dem voll widmen zu können, was diese Personen zumeist an die Hochschulen gezogen hat, nämlich die Wissenschaft als Forschung, ist in unvorstellbarem Maße gewachsen.

...

Ohne hier die unterschiedlichen Ziele dieser Förderungsrichtungen ausführlich darzustellen, wird es deutlich sein, daß die Hochschule auf die Dauer nur der Ort der Lehrforschung und zum Teil der Nachwuchsausbildung der Forschung sein kann, während Schwerpunktforschung und angewandte Forschung in die kommenden Hochschulstrukturen kaum noch hineinpassen und die Großforschung niemals dort betrieben worden ist ... Allerdings würde diese *Differenzierung des Forschungssystems* auch zur Folge haben, daß die Schwerpunktbildung der Forschung und die angewandte Forschung systematisch aus den Verwaltungs- und Selbstverwaltungsstrukturen der in den Hochschulgesetzen vorgesehenen Hochschul-Lehranstalten gelöst werden³. Die Frage scheint mir nur noch zu sein, ob diese notwendige Grenzziehung zwischen wissenschaftlicher Berufsausbildung und der Forschung nicht auch innerhalb der Hochschulen zu ziehen und damit für die Hochschulen ein autonomer, d. h. von Ausbildungsrücksichten freier Forschungsbereich zu schaffen ist. Dies würde ermöglichen, daß ein großer Teil der Forschung innerhalb der Hochschulen verbliebe, diese sich aber zu einer polaren oder zwiegespaltenen Organisationsform entwickelten: auf der einen Seite die Organisation und Verfassung der Hochschule als akademische Lehranstalt bis zur Grenze der Berufsabschlußexamina, auf der anderen Seite die Hochschule als Forschungsorganisation mit der besonderen Aufgabe der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung (Promotionen) und einer sich spezialisierenden Forschungsschwerpunktbildung der Fakultäten und universitären Institute.«^{4,5}

I,2. In der Verteidigung der Teilnahme bei der Gründung dieser Wissenschafts-GmbH, insbesondere durch Wolfgang Zapf, sind *u. a.* folgende Gründe angegeben worden:

Die Universitäten haben kein Monopol auf Forschung. Diese formalisierte Rhetorik blendet den spezifischen wissenschaftspolitischen Kontext aus, in dem die WZ-GmbH steht: die Frage warum man sich an einem derart *politisch funktionalisierten* Projekt beteiligt, das seiner Funktion nach einen weiteren Schritt des Herausbrechens von Forschungsprozessen aus den politischen Diskussionszusammenhängen der Universitäten (»Gegen-Universität«) bedeutet, bleibt unbeant-

konstruktion teilt das Direktorium mit: »Die Denkschrift, auf die sich die protestierenden Stellungnahmen der Berliner Universitäten und der Westdeutschen Rektorenkonferenz stützt, enthält ausdrücklich den positiven Hinweis auf Konzeption und Arbeit des ZiF der Universität Bielefeld als einer Möglichkeit, innerhalb der Universität interdisziplinäre Arbeit zu institutionalisieren und dadurch die Flucht aus der Universität zu verhindern«.

⁴ Abschied von der Hochschulpolitik oder Die Universität im Fadenkreuz des Versagens, Gütersloh 1969, 251 S., S. 139 ff..

⁵ Vgl. insoweit auch eine Notiz im Berliner Telegraph (1. 5. 1970) im Zusammenhang eines Berichts über einen Bundeskabinettsbeschluss zum Wissenschaftszentrum: »Wie es heißt, ist eine Gründung weiterer Einrichtungen dieser Art an anderen Orten der Bundesrepublik vorgesehen.«

⁶ Im Zusammenhang eines abstrakteren Begriffsgerüsts wird vergleichbares vorgeschlagen in: Gerard Radnitzki und Gunnar Anderson, Wissenschaftspolitik und Organisationsformen der Forschung, in: Alvin M. Weinberg, Probleme der Großforschung, Frankfurt 1970, S. 55 ff.

wortet. Die »Mobilität« zwischen Staat-Wirtschaft-Wissenschaft, Theorie-Praxis müßte erhöht werden: für spezifische Formen von Mobilität, z. B. der zwischen sozialwissenschaftlicher Forschungs- und Konfliktstimulationsarbeit in den »Bereichen« vertikaler und »horizontaler« Disparitäten ist das durchaus sinnvoll, dazu bedarf es aber gerade keines Wissenschaftszentrums. Mobilität in affirmative Richtung; auf Problembereiche des Kapitalverwertungsprozesses, bzw. der in sie eingebundenen öffentlichen Bürokratien orientiert, ist ein anderes Problem: dafür bedarf es einer politisch ausgerichteten Gegen-Universität wie dem WZB. Im übrigen sei auch die Max-Planck-Gesellschaft eine private Organisation: Auch diese Organisation wäre durchaus unter ähnlichen Gesichtspunkten wie das Wissenschaftszentrum zu kritisieren. Man nehme nur den *personalen* Aspekt der Einflußnahme wirtschaftlicher Interessengruppen auf der *formalen Entscheidungsebene* (Stand 13.6. 1969): Von den 40 ordentlichen Mitgliedern des Senats der Max-Planck Gesellschaft sind 12 Wissenschaftler, sieben Vertreter der Regierungen und 17 Repräsentanten privater Großunternehmungen. Im Verwaltungsrat, der die laufenden Geschäfte führt und den Haushaltsplan aufstellt, verschieben sich die Gewichte ähnlich wie bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft zuungunsten der Wissenschaftler. Von seinen sieben Mitgliedern sind drei Wissenschaftler. Darunter waren 1969 Bayer-Aufsichtsrat Adolf Butenandt und Professor Werner Heisenberg, der im Aufsichtsrat der AEG-Telefunken AG sitzt. Beide gehören überdies dem Kuratorium des Stifterverbands an. Ihnen gegenüber saßen der Bankier Klaus Dohrn (Berliner Handelsgesellschaft) als Schatzmeister und die Industriellen Erich Selbach (Girmes Werke AG) und Carl Wurster (BASF) sowie Karl Blessing, der als ehemaliger Präsident der Deutschen Bundesbank der »Wirtschaft« nicht allzu fern steht⁷. Wie diese personale Dominanz relevant wird, läßt sich vielleicht am besten an dem MPG-Entscheidungsverfahren in Bezug auf C. F. Weizsäcker's Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt demonstrieren⁸.

Bemerkenswert scheint vor allem, daß die Repliken der Kritisierten (wie auch teilweise die Kritiker) über die Problematik des organisatorischen Moments nicht hinauskommen: die davon nicht abtrennbare *programmatische*, den Inhalten der dort betriebenen Wissenschaft (wie sie sich in den Gründungsplänen andeuten) verbundene Dimension der Kritik⁹ hat *dort* kaum einen Adressaten.

1,3. In dieser Richtung zeichnet sich für dieses Jahr, neben kleineren Vorhaben noch die Entscheidung über die Realisierung eines weiteren Großprojekts ab, das auf anderer Ebene als das Wissenschaftszentrum ansetzt, aber mit strukturell ähnlicher Problematik belastet ist: Vogels¹⁰ »private Stiftungsuniversität«¹¹.

⁷ Vgl. Joachim Hirsch, Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System, Organisation und Grundlagen administrativer Wissenschaftsförderung in der Bundesrepublik, Frankfurt 1970 (demnächst bei Suhrkamp), S. 234 (Manuskript)

⁸ Vgl. dazu: St. Leibfried u. a., »Die GmbH-Universität für die Mandarine der Zukunft«, Marburg 1970, S. 45 ff.; Claus Grossner, Zerstrittene Zukunftsforscher, in: Die ZEIT v. 19. Sept. 1969

⁹ St. Leibfried u. a., a. a. O., S. 8 (Kap. V), S. 10 (Kap. VI, 4), S. 11 (Kap. VII, 2)

¹⁰ Kultusminister von Rheinland-Pfalz; Präsident der Kultusministerkonferenz; Vorsitzender des kulturpolitischen Ausschusses der CDU; »führender Mann« in zahlreichen katholischen Organisationen . . .

¹¹ Zur Stiftungsuniversität generell – ausgewählte Veröffentlichungen: Stand 15. 8. 1969. Wichtigere Veröffentlichungen sind gesperrt gedruckt: Abelein, Manfred: *Muß der Staat das Hochschulmonopol haben? Plädoyer für eine Stiftungsuniversität*. Stuttgarter Zeitung 15. 11. 1968; Autenrieth, Heinz: *Das Hochschulwesen in den Vereinigten Staaten von Amerika*. Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 1964/1/93–111; Bergsdorf, Wolfgang: *Stifter gesucht. Ist eine private Universität möglich?* Publik 25. 10. 1968 (vgl. a.: ders. Die Welt 9. 12. 68); Branner,

I,3,1. Befürwortende Äußerungen zu einem solchen privaten Universitätsprojekt finden sich schon seit längerem in der veröffentlichten politischen, wissenschaftlichen Meinung. So schrieb Dietrich Urbach schon im Oktober 1968 in der industriennahen Zeitschrift »Wirtschaft und Wissenschaft«:

»Seit einigen Monaten bereits wird in Bonn über eine solche Stiftungsuniversität diskutiert; der Staatssekretär im Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung, v. Heppe, Mitglieder des FDP-Bundesvorstandes, Vertreter der Industrie, die konservative Deutsche Universitätszeitung und der Vorstand des Verbandes Deutscher Studentenschaften begrüßen eine derartige Initiative«.

Als weitere Befürworter derartiger Projekte sind zu nennen: der ehemalige CDU-Kultusminister von Nordrhein-Westfalen, Mikat, und der jetzige Staatssekretär im Auswärtigen Amt und baldige EWG-Kommissionär, Ralf Dahrendorf, der 1967 sagte:

»Ich bin erst dann überzeugt davon, daß durch private Stiftungen eine wesentliche Wirkung auf Ausbildung und Wissenschaft in der Bundesrepublik herbeigeführt wird, wenn ich die erste Stiftungsuniversität in der Bundesrepublik sehe, das heißt also, wenn neben

Karl: Stellungnahme. Politische Studien Heft 184/1969; Dahrendorf, Ralf: *Gesellschaftspolitische und soziologische Aspekte des Stiftungswesens*. in: Die Förderung des Stiftungswesens – eine Aufgabe von Staat und Gesellschaft. »Wissenschaft und Wirtschaft«. Arbeitsschrift des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft B 1969; Degener, Detlev (Dietrich Urbach): *Die Wirtschaft ist noch skeptisch. Pläne zur Gründung einer Privathochschule* Handelsblatt 11. 8. 1969; Ernst, Werner: Neue Studienwege für die berufsorientierte Ausbildung. Deutsche Universitätszeitung 1968/1/19; Flitner, Hubert: Lernen ohne Präsenzpflcht. Eine Stiftungsuniversität eignet sich gut für das Fernstudium. Publik 14. 2. 1969; Gather, Gernot: Gesellschaftliche Funktion von Stiftungen in der Kulturpolitik. Hrsg. v. Forschungsrat des Landes Hessen, Bad Homburg/Berlin/Zürich 1966; Gloy, Klaus: Eine Hochschule auf privatrechtlicher Grundlage. Deutsche Universitätszeitung 1968/4/3–4; Halstead, D. Kent: College and University Endowment. U.S. Department of Health, Education and Welfare Washington 1965; Heinz / Urbach / Fliszar / Schiller: *Hochschulreform und Hochschulselbstverwaltung im demokratischen Rechtsstaat*. Bad Godesberg: Institut für Politische Planung und Kybernetik 1968; Kalb, Werner: Stiftungen und Bildungswesen in den USA. Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft. Studien und Berichte. Berlin 1968; Lenz: Entwurf einer Stiftungsuniversität. Der Plan des Berliner Bildungspolitischen Arbeitskreises. Handelsblatt 2. 12. 1968; Löwe Rüdiger, Reform auf Umwegen? Zur Planung einer Privat-Universität in Deutschland. Die Zeit 14. 3. 1969; Mestmäcker, Ernst-Joachim: Unabhängige Universitäten zwischen Staat und Gesellschaft. Westdeutscher Rundfunk 14. 7. 1968; ders., *Rechtliche Aspekte des Stiftungswesens*, in: Die Förderung des Stiftungswesens – eine Aufgabe von Staat und Gesellschaft. »Wissenschaft und Wirtschaft«. Arbeitsschrift des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft. B 1969; Mestmäcker, Ernst-Joachim: *Verfaßte Freiheit in einer neuen Universität*, in: Schulz, Gerhard (Hrsg.): Was wird aus der Universität? Tübingen 1969, S. 101 ff.; Meyer, Paul W.: Hochschule als Stiftung. Ein Diskussionsbeitrag über Konzeption, Funktion und Organisation. Handelsblatt 13./14. 6. 1969; Moersch, Karl: *Private Modellhochschule*. Das Parlament 15. 5. 1968; Natan, Alex: Hat die private Uni Zukunft? Auch in Großbritannien konkrete Pläne: »Markt-Universität«. Hessische Allgemeine 29. 7. 1969; Naumann, Michael: Brauchen wir die Elite-Uni? Münchner Merkur, Hochschulbeilage 8. 7. 1969; Pöggeler, Franz: Hochschulen als Stiftungen. Eine Chance zur konkreten Hochschulreform. Politisch-Soziale Korrespondenz 1. 4. 1969; ders., Hochschulen als Stiftungen. Kulturpolitischer Informationsdienst 1967/7/102 bis 103; Seeland, Rolf: *Die Industrieuniversität – ein Ausweg aus dem Nachwuchsdilemma?* Die öffentliche Wirtschaft 1969/1; Sohn, Karl-Heinz: *Außerstaatliche Initiativen zur Hochschulgründung*. Die Neue Gesellschaft 1969/1; Die nächsten 10 Titel sind von Dietrich Urbach, einen der Hauptschreiber für die Stiftungsuniversität verfaßt: In Konkurrenz zur Tradition. Ausformung der Idee einer Stiftungsuniversität. colloquium (Berlin) 1968/7/8–9; Stiftungsuniversität als Modellhochschule. Deutsche Universitätszeitung 1968/7; Die Stiftungsuniversität als Modell. Die Neue Gesellschaft 1968/5; Stiftungs-Universität als Reformmodell. Der Volkswirt 22. 11. 1968; Eine Privathochschule für Kassel. Christ und Welt 29. 11. 1968; Eine Stiftungsuniversität als Modellhochschule. Frankfurter Rundschau 15. 2. 1969; Reformmodell Privathochschule. Politische Studien Heft 184/1969; *Privat-Uni – gesellschaftskonformes Hochschulmodell?* Bildung und Politik 1969/4/59–63; Eine Privathochschule als Reformuniversität. Neue Zürcher Zeitung, Nr. 319 29. 5. 1969; Lehrerbildung an einer Privathochschule? Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung 1969/8/7; Vogel, Bernhard: *Stellungnahme*. Politische Studien Heft 184/1969; *Wahl: Die heutige wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung im Lichte der zukünftigen Anforderungen von Wirtschaftspraxis und industrieller Forschung*, in: Bildungspolitik für

die staatlichen Hochschuleinrichtungen eine nicht staatliche getreten ist, wie immer diese im einzelnen konstituiert sein mag. Ich sehe erst in Initiativen dieser Größenordnung eine wirklich überzeugende Wirkung auf die Veränderungen in unserem Bildungswesen bis hin zu allen Bereichen der wissenschaftlichen Forschung«. ¹²

Als heute wichtigster Befürworter und Organisator der »privaten Stiftungsuniversität« wäre der rheinland-pfälzische CDU-Kultusminister Bernhard Vogel zu nennen. Über dessen *konkrete* Planungen allerdings ist genaueres nicht zu erfahren, obwohl nach Äußerungen Vogels das Projekt »noch in diesem Jahr in die entscheidende Runde gehen« soll¹³. Für die Relevanz dieser Planungen spräche, daß private Universitäten im neuen *Hochschulrechtsrahmengesetz*, dessen 1. Lesung im Herbst dieses Jahres entsteht, bundesweit legalisiert werden dürften. Man vergleiche hierzu nur die in diesem Punkte dezidierte Fassung der Leussink Thesen (No. 1,4 und 4):

Wirtschaft und Gesellschaft von morgen. Schriftenreihe des Forschungs-Instituts der Deutschen Volks- und Betriebswirte e. V., Bonn. Heft 1 (Vortrag auf dem Deutschen Volks- und Betriebswirtetag 1966 in München); *Wahl, Manfred: Wir brauchen eine Industrie-Universität*. Die Zeit 19. 4. 1968; *Wilhelmi, Jutta: Warum immer wie gestern?* MdB Moersch wirbt für den Gedanken »Private Stiftungsuniversität«. Allgemeines Deutsches Sonntagsblatt 26. 5. 1968; *Wilhelmi, Jutta: Warten auf den Obertanen*. Deutsche Universitätszeitung 1969/2/11; *Willers, Georg: Das Bildungswesen der USA*. München 1965; *Mikats Vorschlag schon abgelehnt*. Frankfurter Allgemeine Zeitung 29. 7. 1965; *Privat-Universität?* Frankfurter Allgemeine Zeitung 2. 8. 1965; *Finanzierung der Hochschulen: ... vielleicht im Lotto spielen?* DAG-Korrespondenz 3. 8. 1965; *Für Bremen eine Stiftung*. Frankfurter Allgemeine Zeitung 3. 5. 1968; *Stiftungsuniversität im Gespräch*. Gesellschaftspolitische Kommentare 17. 10. 1968; *Stiftungshochschule geplant*. Frankfurter Allgemeine Zeitung 9. 11. 1968; *Junge Wissenschaftler planen eine private Hochschule*. Hannoversche Presse 9./10. 11. 1968; *Junge Wissenschaftler planen private Hochschule*. Hochschul-Dienst 22. 11. 1968; *Loccumer Protokolle: Die Finanzierung öffentlicher Aufgaben*. *Loccum*, 22.-25. 11. 1968 (mit Bibliographie: *Privathochschule*); *Hochschulen: Stiftungsuniversität*. Der Spiegel 25. 11. 1968; *Vogel: Stiftungsuniversität*. Frankfurter Allgemeine Zeitung 26. 11. 1969; *Pläne zum Bau einer privaten Hochschule*. Die Welt 26. 11. 1968; *Stiftungsuniversität für 350 Millionen DM*. Vorschlag des rheinland-pfälzischen Kultusministers Vogel. Frankfurter Rundschau 26. 11. 1968; *Kommt es zu einer Stiftungsuniversität?* Hannoversche Allgemeine Zeitung 26. 11. 1968; *Zurückhaltung gegenüber Stiftungsuniversität*. Stuttgarter Zeitung 28. 11. 1968; *Die Universitäten brauchen Konkurrenz, Publik-Gespräch mit dem rheinland-pfälzischen Kultusministers Dr. Bernhard Vogel über seinen Plan einer Stiftungsuniversität*. Publik 29. 11. 1968; *Bedenken gegen Stiftungsuniversität* Generalanzeiger (Bonn) 18. 12. 1968; *Doch private Stiftungsuniversität?* Gesellschaftspolitische Kommentare 19. 12. 1968; *Entwurf eines FDP-Hochschulgesetzes*. fdk-Fachdienst für Kultur- und Bildungspolitik 1969/1; *FDP plant private Universität*. Publik 7. 2. 1969; *»Elite-Universität« wird geplant*. Frankfurter Rundschau 7. 2. 1969; *Privat-Uni der Industrie in Essen geplant*. Neue Ruhr-Zeitung 8. 2. 1969; *Industrie plant Privatuniversität*. Tagesspiegel (Berlin) 9. 2. 1969; *Privatuniversität der Industrie geplant* Stuttgarter Zeitung 10. 2. 1969; *Privat – das klingt so schön*. Süddeutsche Zeitung 11. 2. 1969; *Privatuniversität*. Christ und Welt 14. 2. 1969; *Gesetzentwurf für Privathochschulen*. Frankfurter Rundschau 27. 2. 1969; *Pläne für eine deutsche Stiftungsuniversität*. Bildung und Erziehung 1969/2/14; *Wirtschaft für Universität Kassel*. colloquium (Berlin) 1969/4; *Stiftungsuniversität abermals im Gespräch*. Stuttgarter Zeitung 11. 4. 1969; *Stiftungsuniversität. Auswahl aus Veröffentlichungen zur Diskussion um eine Privathochschule in der Bundesrepublik*. Berliner Bildungspolitischer Arbeitskreis. Bonn, 20. 4. 1969; *Privathochschule*. Auswahl aus Veröffentlichungen. Berliner Bildungspolitischer Arbeitskreis. Bonn, 5. 6. 1969; *Privathochschule in Kassel*. Deutsche Universitätszeitung 1969/5-6; *Bund würde private Uni unterstützen*. Hessische Allgemeine (Kassel) 19. 6. 1969; *Argumente für Kasseler Universität*. Frankfurter Rundschau 2. 7. 1969; *Förderung privater Hochschulen durch den Bund?* Das Parlament 26. 7. 1969; *»Friedens-Universität« für Wien geplant*. Von privater Seite finanziert? Frankfurter Allgemeine Zeitung 30. 8. 1969; *Bremer Gründungserrat gegen Stiftungs-Uni*. Hessische Allgemeine (Kassel) 10. 9. 1969. Diese Materialsammlung verdanken wir dem »Berliner Bildungspolitischen Arbeitskreis«, Büro Kassel.

¹² Zit. nach Th. Risler, *Wissenschaftsförderung heute*. Von den Möglichkeiten privater Initiative (angekündigt als: *Stiftungspolitik kontra Staatsbürokratie*), in: Merkur Mai 1970, S. 473.

¹³ Vgl. (Berliner) Tagesspiegel v. 30. 4. 1970: Ein Minister mit der Sammelbüchse. Privat-Universität aus Stiftungsgeldern in Deutschland geplant. Vgl. a.: *Dichgans, Welche Universitäten brauchen wir? Plädoyer für eine Industriehochschule*, publik 27. 3. 1970 und: *Löwe, Wer stiftet eine Universität?* in: Christ und Welt 29. 5. 1970, S. 5 (ausführlich).

Die Länder können Einrichtungen, die nicht von den Ländern getragen werden, als Hochschulen anerkennen, wenn ihre Aufgaben denen der staatlichen Hochschulen entsprechen und ihre Struktur die Wahrnehmungen dieser Aufgabe gewährleistet. In diesem Fall gelten die Bestimmungen des Gesetzes sinngemäß, soweit sie nicht an den staatlichen Charakter der Hochschulen gebunden sind.

Vor . . . der Anerkennung einer privaten Hochschule ist die Stellungnahme einer zentralen Stelle einzuholen.

Vogels Planungen haben bislang schon drei – jeweils wieder verworfene – Formen angenommen:

- die Forschungsuniversität
- die »Elite Universität« für den wissenschaftlichen Nachwuchs, samt der Ausbildung von Wirtschaftsmanagern
- die »Universität für Fortgeschrittene«, also eine für »graduate studies«.¹⁴

I,3,2. Einer näheren Analyse der Vogelschen Planungen sei folgende Skizze der *Funktionsdifferenzierung* der Ausbildungswege vorangeschickt: im Zuge der bundesrepublikanischen wissenschaftspolitischen Entwicklung hat sich zunehmend ein hier nicht weiter zu hinterfragender Trend zur »Funktionsdifferenzierung« der Ausbildungsebenen in drei Qualifikationsstufen bemerkbar gemacht¹⁵:

- erstens, das Nachwuchspotential für Forschung und politisch-ökonomisch-administrative Leitungsprozesse, die »*Integrationspezialisten*« (»Rezeptmacher«)
- zweitens, eine breite Mittelschicht von technisch-wissenschaftlich differenziert geschulten Spezialisten (die »*Rezeptanwender*«).
- drittens, eine breite untere Schicht ohne jegliche Aufstiegschance in »unserer hierarchischen und modernen Leistungsgesellschaft« (die »*qualifizierten Hilfsarbeiter*«).

Die Anfangsplanungen von Vogel betrafen also die Qualifikationsstufe der »Integrationspezialisten«; erst in der bislang letzten Planungsphase hat er sich auf eine »Normalhochschule« als private Stiftungsuniversität festgelegt.

Während also das Wissenschaftszentrum auf die höchste Qualifikationsstufe (»Führungskräfte«, »Rezeptmacher«) abzielt, wird hier die nächst niedrigere Qualifikationsstufe aus dem System öffentlicher Universitäten herausgebrochen. Dies mit durchaus ähnlicher Angriffsrichtung:

I,3,3. Diese Universität soll 3000 Studenten aufnehmen und wird ca. 400 Millionen DM Baukosten mit sich bringen, die selbstverständlich die öffentliche Hand, nicht der Verbund unternehmerischer Stifter bzw. Stiftungen tragen wird. Die laufenden Kosten (ca. 30 Millionen DM/Jahr) sollen aus den Erträgen gestifteter Gelder (etwa in Höhe von 400 Millionen DM) bestritten werden.

Als »Spender« kämen in Betracht: Kirchen, Unternehmen, Gewerkschaften, unternehmerische Stiftungen. Selbst Prof. Sohn von der Krupp-Stiftung, jetzt Staatssekretär im Entwicklungshilfeministerium, hatte Bedenken gegen Spendenfähig- oder willigkeit der Kirchen¹⁶. Viel Interesse an finanziellen Eigenbeiträgen dürfte auch auf Seiten der Gewerkschaften nicht bestehen: Warum sollten sie

¹⁴ Ibid.

¹⁵ Vgl. dazu näher: St. Leibfried u. a., GmbH-Universität für die Mandarine der Zukunft, Marburg 1970, S. 6; Jürgen Habermas, Empfehlungen zur technokratischen Hochschulreform?, in: Politik, Wissenschaft, Erziehung. Festschrift für Ernst Schütte, Frankfurt 1969, S. 77 ff. (78); Hans Leussink, Quantitative Überlegungen zum tertiären Bildungsbereich, a. a. O., S. 8; ff (vgl. die Festsetzungen z. B. auf S. 92).

¹⁶ Loccum Protokolle a. a. O., S. 88.

auch zusammen mit den Unternehmen Ausbildungsstätten finanzieren, die letztendlich infrastruktureller Vorschub für deren profitorientierte Produktion sind? Die »Spender« würden demnach im wesentlichen direkt bei den Unternehmen bzw. deren Stiftungen – Volkswagen, Krupp, Thyssen . . . – zu suchen sein.

Bei den Unternehmen selbst kämen die sechs schon jetzt in die wissenschaftspolitischen Lenkungsorgane eingebauten Konzerngruppierungen¹⁷ noch am ehesten als Finanziere in Betracht: Siemens-AEG-Telefunken, Bosch . . .; August Thyssen Hütte, Mannesman Konzern . . .; IG-Farben Nachfolger . . .; Krupp Konzern¹⁸ . . .; Vereinigte Flugtechnische Werke Fokker GmbH . . .; Flick-Konzern . . .; Gute Hoffnungshütte AG . . . Diese bzw. die unternehmerischen Stiftungen werden aber (wenn nicht gleich von Anfang an wegen der hohen Finanzaufwendungen für die laufenden Kosten öffentliche Gelder *miteingesetzt* werden) spätestens dann, wenn diese Universität halbwegs »funktioniert«, der öffentlichen Hand auch diese Kosten überlassen (ohne die Kontrolle aufzugeben).

Das wäre nicht weiter außergewöhnlich in der Stiftungspraxis, da diese sich ja, wie der Geschäftsführer des industriellen Stifterverbands, Thorwald Risler, im Mai 1970 im Merkur schreibt, zum Zweck gesetzt hat, durch »Privatinitiative« »staatliche Aktionen« zu »provokieren« oder auch: »Marktlücken aufzuspüren und mit Stiftungsinitiativen zu füllen«, um dann in der zweiten Phase die Kostendeckung »abzutreten«. Hier wird in Kleinwarenproduzentenunschuld von der Wichtigkeit »individuellen Engagements«, von der »Privatinitiative« geredet. Praktisch wird damit, wie Herr Risler am besten wissen mußte, die wissenschaftspolitische Lenkungsaktivität der »potenten gesellschaftlichen Kräfte« (Vogel), in der Regel der sechs dominierenden Konzerngruppierungen, legitimiert.

Die Privatinitiative in ihrem emphatischen Sinne ist als Gründungsmotiv – hier wie beim Berliner Wissenschaftszentrum – nicht ernst zu nehmen. Auf dem Hintergrund der hochschulpolitischen Situation scheint das mit Mühe verschwiegene (s. Löwenthal) Motiv doch eher das, den zu weiten Teilen politisch-kritischen Universitäten aus dem Weg zu gehen und dort verunsicherten Ordinarien bei entsprechender Alimentation »Fluchtpunkte« zu bieten¹⁹. Jedenfalls dürfte dies die *Funktion* einer solchen Gründung sein.

I,3,4. Darüber hinaus scheint der *Modellcharakter* wichtig, den sich beide Institutionen – das Wissenschaftszentrum und die private Stiftungsuniversität – zusprechen. Hier wird Wert darauf gelegt, eine »Reformuniversität mit Schrittmacheraufgaben für den ganzen Hochschulbereich« bzw. ein Wissenschaftszentrum mit forschungspolitischen und strukturellem »Multiplikatoreffekt« zu institutionalisieren.

Diese »Modell«funktionen wird man in einem längerfristigen Zusammenhang diskutieren müssen, der sich kurz als »Privatisierung von politischen Planungsfunktionen«, als Auslagerung materiell öffentlicher Aufgaben in Privatrechtsformen (und in den Bereich unmittelbarer Zugriffs hochkonzentrierter Fraktionen des Kapitals) umschreiben läßt. Wenn, wie es teilweise schon in den USA geschieht, ganze Infrastrukturplanungskomplexe (Verkehr, Städtebau, Regionalentwicklung, Gesundheitswesen, Ausbildung . . .) auf dem Wege des »contracting out« organisiert werden, so hat dies zur Folge, daß manifeste und latente Entscheidungskapazitäten des »politischen Systems« erodiert, die Schwelle der Restriktionen fürs politische System erhöht wird und daß die »Logik der kollekt-

¹⁷ Vgl. Joachim Hirsch, a. a. O., S. 244 ff.

¹⁸ Sowohl Stoltenberg als auch Leussink waren beruflich mit Krupp verbunden.

¹⁹ Vgl. den Hinweis in: KJ 1/70, S. 78.

tiven, das heißt auch: der kollektiv finanzierten, Daseinsvorsorge« samt der ihr zugerechneten Konflikte neu zu charakterisieren ist.²⁰

In diesem Kontext könnte man die hohe organisatorische Fungibilität begreifen, die jeglichem, auch dem formellen, politisch-öffentlichen Legitimationszwang entzogen ist:

»Die Stiftungsuniversität kann ohne Rücksicht auf eingefahrene Gleise und staatliche Fesseln neue Modelle für Lehre, Forschung und innere Organisation entwickeln und erproben. Man kann schnell auf aktuelle Entwicklungen reagieren ... man kann auch die innere Ordnung nach Belieben regeln. Was sich nicht bewährt, kann sofort ohne Einschaltung einer schwerfälligen Gesetzgebungsmaschinerie geändert werden«²¹.

Die Plastizität der inneren Ordnung dürfte u. a. bedeuten, daß man den industriellen »Spendern« – wie beim Wissenschaftszentrum – einen unmittelbaren Zugriff auf diese Institutionen einräumen wird. Vielleicht dienen hier bestimmte Typen der amerikanischen Universitäten als Modell²². Mag das »Kuratorium« (o. ä.) einer solchen Stiftungsuniversität auch im »pluralistischen« Sinne besetzt werden: es wäre darauf hinzuweisen,

»daß die gesellschaftlichen Interessengruppen keineswegs, wie die geläufigen Pluralismuskonzeptionen suggerieren, gleiche Chancen der Durchsetzung haben und einander in einem labilen Gleichgewicht halten. Vielmehr ist der organisierte Einfluß der ... Wirtschaftsunternehmen tatsächlich privilegiert. Deshalb ist die Befürchtung kein Hirngespinnst: daß mit der Einrichtung eines Kuratoriums, das nach Vorstellungen des Wissenschaftsrats organisiert und zusammengesetzt wäre, die Hochschule der Kontrolle einer mit delegierten Staatskompetenzen ausgestatteten, aber privatwirtschaftlich inspirierten Nebengewalt ausgeliefert werden könnte«.²³

Dieser Absatz zielt auf die Kuratorialvorschläge des Wissenschaftsrates (1968) für die öffentlichen Universitäten²⁴: er gilt für die genannten Konstruktionen um so mehr.

Wie beim Wissenschaftszentrum²⁵ basiert auch diese Konzeption auf einer Ausverkaufstrategie gegenüber den öffentlichen Universitäten. So heißt es beim Projektstab um Vogel:

»Wenn wir anstelle eines Beamtengehalts von 5000 Mark Angestelltenbezüge von 10 000 Mark bieten, werden wir genug Bewerber bekommen, vor allem unter jüngeren Leuten, die an anderen Universitäten schon zu lange auf ein Lehramt warten«.

Gemäß Vogels 1968er Aussagen sollte dies eine Universität werden, die »eine Leistungskonkurrenz« für die öffentlichen Universitäten bedeutet und die gewährleistet, daß »eine strenge Begabungsauswahl und Leistungskontrolle vorgenommen wird«²⁶. Hält man dies mit den hier dargelegten Annahmen über die Dominanz der »Stifter«

²⁰ Vgl. in diesem Zusammenhang: Joachim Hirsch, a. a. O., S. 267 ff. u. S. 279 ff.; Erich Jantsch, Adaptive Institutions for shaping the future, in: Perspectives of Planning, OECD, Paris 1969, S. 471 ff.; Herbert Gross, Neues Wirtschaftsdenken, Düsseldorf 1967, S. 49 ff. (»Dem Staat mehr Konkurrenz machen«); Don K. Price, The Scientific Estate, Cambridge, Mass. 1967.

²¹ Tagesspiegel v. 30. 5. 1970.

²² Vgl. St. Leibfried, Die angepaßte Universität, Frankfurt 1969, S. 109 ff.

²³ Jürgen Habermas, a. a. O., S. 32.

²⁴ Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Struktur und Verwaltungsorganisation der Universitäten.

²⁵ Vgl. den Hinweis in: KJ 1/70, S. 79.

²⁶ Vgl. Loccumer Protokolle 24/1968: Die Finanzierung öffentlicher Aufgaben, S. 73 ff., 97 ff. Zum Stiftungsproblem generell vgl. im übrigen: Theo Schiller, Stiftungen im gesellschaftlichen Prozeß, Baden-Baden 1969; vgl. jetzt auch das Vademecum Deutscher Stiftungen, herausgegeben vom industriellen Stifterverband. Der Stifterverband beginnt, so scheint es, langsam eine Kampagne für eine Stiftungsuniversität aufzubauen. Vgl. den Aufsatz von Risler a. a. O.

- sowohl organisatorisch
- als auch inhaltlich (in Bezug auf Art und Inhalt der installierten Studiengänge und Forschungskomplexe)

zusammen, so darf man annehmen, daß hier ein Exempel »technokratischer Hochschulreform« statuiert werden soll, gerichtet u. a. gegen die politischen Arbeits- und Kommunikationszusammenhänge an den öffentlichen Universitäten, ausgerichtet an effizienter, leistungsintensiver, am vorgegebenen »industriellen« und »staatlichen« Bedarf fixierter Ausbildung.

Hier werden, in Vogels 1968er Worten »geistig wie finanziell potente gesellschaftliche Kräfte« als Repräsentanten der »pluralistischen Gesellschaft« die »totale Monopolstellung des Staates in der Gestaltung von Schule und Hochschule brechen«, um »eine nicht-staatliche freie Universität zu schaffen«²⁷.

II. Zurück zum Wissenschaftszentrum und zu einer Skizze der systematischen *programmatischen* Konstruktion dieser Institution:

Man wird den Planungsansatz der GmbH-Universität in Berlin vornehmlich unter einem Gesichtspunkt als *qualitativ* verschieden von den bisherigen sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitutionen der Bundesrepublik definieren können:

Hier wird zum ersten Mal *systematisch*, für *alle* sozial-wissenschaftlichen Gebiete, der großzügig angelegte und ebenso finanzierte Versuch gemacht, verhaltenstechnologische Forschungs- (und Ausbildungs-)ansätze durchzusetzen.

Auf Verhaltenstechnologie ausgerichtete Forschung wird zwar auch jetzt schon an den Universitäten betrieben. Durch mangelnde Konzentrationsmöglichkeit, diletantische Ansätze usf. bleibt sie aber dort meist folgenlos. Das könnte sich mit dem Wissenschaftszentrum ändern.

Die Forschung, Aus- und Fortbildung zur sozialen Kontrolle (social control sciences) betrifft alle Ebenen der Manipulation:

- die der sprachlichen Vermittlung, die angesprochen ist mit dem »Institut für Sprache und soziale Lebenswelt«
- die der psychischen Formierung im Sinne der »mental health« Programmatik²⁸, die den möglichen Zentrumsinstituten für vergleichende psychotherapeutische und sozial-psychohygienische Forschung und für Verbrauchererziehung zuzuordnen wäre
- die der konfliktkontrollierenden, konfliktabsorbierenden und konfliktreprimierenden Steuerung der bürokratischen Apparate des politisch-ökonomischen Systems institutionalisiert (und *expressis verbis* artikuliert)²⁹ in einem »Institut für Management und Verwaltung« und einem »Institut für Konflikt- und Friedensforschung«.

Auch an die für speziell gehaltenen Probleme der kompensatorischen Infrastrukturleistungen ist mit der Einplanung eines Instituts für Urbanistik gedacht.

Die tendenzielle Bedeutung einer solchen Institution läßt sich nur erfassen auf dem Hintergrund einer analytischen Voreinschätzung des gegenwärtigen ökonomisch-politischen Systems: Man kann mit Bergmann u. a. davon ausgehen, daß »die private Verfügungsgewalt über die industriellen Großunternehmen und die dieser Verfügungsgewalt zugeordneten Investitionsentscheidungen als ent-

²⁷ Vgl. Loecumer Protokolle a. a. O.

²⁸ Vgl. z. B. Klaus Dörner, Die Hochschulpsychiatrie, Sozialpsychiatrischer Beitrag zur Hochschulforschung, Stuttgart 1967, z. B. S. 24 ff.

²⁹ Vgl. K.J. 1170, S. 77 ff.

scheidende restriktive Bedingungen politischen Handelns heute zu gelten (haben)«³⁰. Innerhalb eines derart eingegrenzten Rahmens hätte das politische System bzw. dessen »Zentrum« eine (relativierte) Autonomie, die sich definiert und bewähren muß an den »Lösungen« von 2 Komplexen von Systemrisiken:

1. das Risiko ökonomischer Krisen und Wachstumsstörungen,
2. Das Risiko unkontrollierter Motivbildungen und Bedürfnisinterpretationen, sofern sie den hohen Legitimitätsbedarf des politischen und ökonomischen Institutionensystems gefährden würden«.

»In dieser Struktur des Verhältnisses von »Ökonomie« und »Staat« degeneriert »Politik« zu einem Handeln, das zahlreiche und immer neu auftauchende »Vermeidungsimperative« befolgt, wobei die Masse der differenzierten sozialwissenschaftlichen Informationen, die ins politische System einfließen, sowohl die Früherkennung von Risikozonen wie die Therapie aktueller Gefährdungen erlaubt«³¹.

Genau diese kognitiv-prognostischen, präventiven und repressiven Dimensionen der Absicherung dieser Risikokomplexe durch

- Produktion und Verarbeitung sozialwissenschaftlicher Information für die Entscheidungszentren im ökonomisch-politischen System (»Forschung«)
- Produktion von praktisch werdenden »Informationsträgern« für die Entscheidungszentren des ökonomisch-politischen Systems (»Aus- und Fortbildung von Führungskräften«)

sind in diesem Wissenschaftszentrum angesprochen.

III. Nun, noch einmal zum Management Institut der GmbH:

III,1. James E. Howell³², vermittelt über die FORD Foundation, ist seit dem 1. 4. 1970 als Direktor dieses Institutes exportiert worden. Howell war bislang stellvertretender Dekan der Stanford Graduate School of Business (GSB). Auf Stanford und seine GSB einzugehen, mag daher fürs Wissenschaftszentrum und sein Managementinstitut relevant sein:

Die Stanford University³³, deren Teil die GSB ist, ist eng verzahnt, in Balkes Worten: »optimierend verzahnt«, mit dem Stanford Research Institute (SRI), eine der größten amerikanischen Forschungsinstitutionen (ähnlich z. B. der RAND Corporation). Die Forschungsausgaben des SRI betragen (wohl 1968) 60 Millionen \$ pro Jahr, davon die Hälfte Pentagon-Mittel. Stanford selbst, samt seinem SRI, ist eingebaut in den »Stanford Industrial Park«, das wären die spin-off Industrien mit starkem Akzent auf Elektrotechnik. Das SRI selbst hat eine »Filiale« (Counterinsurgency-Feldbüro) in Bangkok, Thailand.³⁴

³⁰ J. Bergmann, G. Brandt, K. Körber, E. Th. Mohl, C. Offe, Herrschaft, Klassenverhältnis, Schichtung, in: Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft?, Stuttgart 1969, S. 67 ff., S. 82 (jetzt als Raubdruck).

³¹ A. a. O., S. 83.

³² Angaben im American Men of Science, The Social and Behavioral Sciences, 11th ed., 1968: »Howell, Prof. James E(dwin), b. Sterling, Colo., Mar. 6, 28. Economics. A. B., Fresno State Col, 50; fel, Illinois 50-51, M. A. 51; Ph. D., Yale, 55. Instr, Yale, 54-56; lectr., California, 56; mem. staff, Ford Found, 56-58, 62; Prof. Econ., Grad. School. Bus., Stanford, 58 -, Associate Dean, 65 -, Ford Found. faculty fel, 59-60; Nat. Sci. Found. fel, 63-64. U.S.A., 46-47. Macroeconomic systems; international economics; management education. Publ.: Co-auth. Higher Education for business; Mathematics for business decisions; European economics - East and West, 67. Adress: Stanford University Graduate School of Business, Stanford, Cal. 94305.«

³³ Die meisten der hiesigen Angaben stammen aus einem vervielfältigten Manuskript von David Ransom (»Stanford«).

³⁴ Vgl. The University-Military Complex. A Directory and related Documents, New York 1969 (publ.: The North American Congress on Latin America, PO Box 57, Cathedral Park Station, New York. N. Y. 10025), S. 16/17. Adresse des Instituts: SRI-Regional Office, South East

Die allgemeine – schon personelle – Verflechtung der Wissenschaftsinstitutionen, speziell von Stanford und seiner Management Fakultät mit den diversen Fraktionen des Kapitals³⁵ und den expansiven Strategien der USA im Pazifik läßt sich leicht demonstrieren:

III,2. Nehmen wir die GSB, die Howell als stellvertretender Dekan leitete. Einen Teil seiner Dekanatszeit dürfte Howell mit Arjay Miller, dem Dekan, geteilt haben.

Miller war vor seiner Universitätszeit bei der Ford Corporation, verantwortlich für ›finance and management‹ und ist jetzt noch Mitglied von Fords »Board of directors«. Er wurde sozusagen in die Universität, die GSB, transferiert. In seinen ›Abschieds‹bemerkungen bezogen auf die Ford Company sagte Miller:

»Ich bin zutiefst überzeugt, daß eines der kritischsten Bedürfnisse unseres Landes in einem größeren Grad in Kompetenz im Entscheidungsprozeß liegt. Ansätze, die ihre Effektivität im privaten Sektor erwiesen haben, können mit gleichem Erfolg auf öffentliche Zustände angewandt werden.«

Diese Maxime, die ja auch im Management Institut des Wissenschaftszentrums verfolgt wird³⁶, läßt sich kurz so umschreiben: es werden die an kapitalistischen Strategien orientierten Techniken und analytischen Verfahren im Managementbereich auf die insoweit noch »rückständigen« öffentlichen Bürokratien übertragen³⁷. Dadurch soll eine noch festere Verklammerung des politischen Systems in die Verwertungsstrategien der Kapitalien bewirkt werden.

Henry Ford der Zweite, präziserte Millers Funktion bei seinem scheinbaren Abgang an die Stanford Universität wie folgt:

»In seiner neuen Position und als uns verbleibendes Mitglied unseres Direktoriums, wird Mr. Miller für uns ein wertvolles Bindeglied zwischen der Welt der Wirtschaft sein, in der wir operieren, und der wissenschaftlichen Welt, die unsere zukünftige Stärke besorgen soll.«

Vor Arjay Miller war Ernst Arbuckle Dekan der GSB und zugleich Direktor des SRI. Arbuckle war diversen elektrotechnischen, agrikulturellen, finanzkapitalistischen Unternehmen durch Aufsichtsratsposten usw. liiert und hat nach seinem Universitäts»abgang« in einigen dieser Firmen den Posten des Direktors übernommen. Ein Wissenschaftler mit Management Praxis, wie man sieht.

Seit Arbuckles Zeit hat sich Stanford samt dem SRI zunehmend den Pazifizierungs- und Kapitalisierungsstrategien des »pacific rim«, der Länder im Pazifik bzw. der Länder, die an ihn angrenzen, gewidmet – also z. B. Vietnam und Peru:

IV,1. Stanfords Vietnam-Programm ist, um in der Sprache des Berliner Management-Instituts zu bleiben, eine »breite Investitionspalette«:

Asia, Bangkok-Bank Building, 182, Sukhumvit Road, Bangkok, Thailand (Tel. 55292). In Zürich unterhält das SRI ein Regional Office Europe: 8001 Zürich, Pelikanstr. 37 (Tel. 051-440922). Diesem Büro sind AEG, Telefunken, Bosch, Siemens, die Thyssen Röhrenwerke, Henschel u. Co, Dt. Babcock und Wilcox Dampfkessel Werke und die Markt- und Industrieentwicklung GmbH näher liiert. Neben sonstigen industrierelevanten Studien die dort gefertigt wurden interessiert hier insbesondere: *Management Education in Europe* (1968/69); *Forecasting social change*.

³⁵ Vgl. dazu auch: James Ridgeway, *The closed corporation. American universities in crisis*, New York 1968, 273 S. und St. Leibfried, *Die angepaßte Universität*, Frankfurt 1969, S. 99 ff.

³⁶ Vgl. KJ 1/70, S. 77.

³⁷ Zu einer nur immanenten Kritik vgl. Frieder Naschold, *Vernachlässigte Aspekte der Regierungs- und Verwaltungsreform in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Kommunikation* 4/69, S. 191 ff.

Angefertigt wurden Studien über »Überwachung und Reconnaissance«, über die Kampfempfindlichkeit von Helikoptern, über Kommunikation unter tropischen Bedingungen. Forschung und Entwicklung in bezug auf Aerosole wurde geleistet im SRI in Zusammenarbeit mit dem Army Chemical Corps. Forschungsarbeiten wurden abgeliefert über »tropical rain forest canopy penetration« (Durchdringung der Laubdecke tropischer Regenwälder – von der Elektronik bis zur Entlaubung). Insbesondere die Elektrotechnik wurde zu einem Schwerpunkt für die Kriegsforschungsinstitution Stanford und die mit ihr paktierende Industrie. Ca. 1/10 der US-Verteidigungsforschungsmittel geht in diese dem Stanford-Komplex verbundene Industrie.

Nun näheres zur Rolle der Stanford-Ökonomen, somit teilweise zugleich auch der GSB, die Howell zu uns schickt:

Während der ranghohe Stanford-Ökonom (»senior economist«) Henry Robison 1957 für kriegerische Interventionen gemäß der Maxime: »die freie Welt darf Südostasien nicht verlieren . . . wie sie schon China verloren hat«, plädierte, bereitet Stanford für McDonnell Aircraft schon eine Forschungsarbeit zu diesem Thema vor, mit dem Titel:

»Umweltsbedingungen in einigen ausgewählten Gebieten mit Potentialen für begrenzte Kriegsführung.«

Eine Studie mit dem Ziel, sich einen Überblick zu verschaffen über die »grundsätzlichen Erwägungen . . . die die Führung begrenzter Kriege in verschiedenen Peripheriegebieten Asiens« betreffen.

1961 leitet ein weiterer von Stanfords ranghohen Ökonomen, Eugene Stailey, eine Spezialmission in Vietnam, »um kooperative Maßnahmen auszuarbeiten, damit die dringendsten Bedürfnisse dieses Landes auf finanzieller, militärischer, politischer Ebene befriedet werden können«. Stailey empfahl die Intensivierung militärischer und wirtschaftlicher Hilfe an die Diem-Diktatur. »Maßnahmen«, die nach seiner wissenschaftlichen Ansicht, »innerhalb von 18 Monaten die Sicherheit wiederherstellen werden«. Stailey wird auch das Urheberrecht für die »strategic hamlet plans« – die Schutzhaft-KZs für die vietnamesische Landbevölkerung – zugesprochen.

SRI and Stanford haben sich selbst eine Maxime gesetzt, die der »senior economist« Robison so umschrieb: diese Institutionen »unterstützen die auswärtigen Involvierungen unserer Regierung«, die, wie er sagte, darauf abzielen »ausländische Regierungen die Möglichkeit zu geben, für ihre Bürger ein Klima der Freiheit und des Unternehmertums zu schaffen«.

IV,2. 1964 übernahmen u. a. die Stanford-Ökonomen eine (von vielen) Untersuchungen für die Agency for International Development (AID; »Entwicklungshilfe«) zum Thema: »die regionale und industrielle Entwicklung und Förderung« Perus. Eine Untersuchung, die insbesondere in aufständischen Gebieten Perus durchgeführt wurde. Wissenschaftler, die in diesem Zusammenhang arbeiteten, darunter ein Stanford-Ökonom, partizipierten später an einem pentagonfinanzierten Projekt benannt COIN-Peru, von der US-Armee beschrieben als »eine Studie der Vor- und Nachteile der Bereitstellung von US-operational assistance« für die Streitkräfte Perus, als auch der anderen Alternativen, vermittels derer die USA Einfluß auf die Entwicklung nehmen könne«.

Eine der Alternativen, vermittels derer »die USA Einfluß auf die Entwicklung nehmen« kann, scheint die zu sein, Management für private und öffentliche Verwaltung zu exportieren und Management-Institute einzurichten, um die Verfestigung kapitalistischer Strukturen in der Dritten Welt zu begünstigen.

So versucht Stanford seit 1963 direkt in Peru die »industrielle Entwicklung zu

fördern«. Es setzte ein Programm durch, das zum Gegenstand hatte, daß »Managementexperten ausgebildet, Industrialisierung und Ingenieurschulen forciert werden sollten«. Peru ist seither »Patentland für Stanford und seine Entwicklungsstrategien: 1963 gründete dort Arbuckles School of Business die ESAN, eine Variation auf sich selbst in Peru. Diese Management-Institution wird auch von Stanford mit Ausbildern besetzt.

Vorsichtigerweise wurde ESAN in Lima unter Absehen von jeder Verbindung zu den Universitäten Perus gegründet, da diese radikale, anti-kapitalistische Strategien unterstützen und ein Institut mit »distinctly capitalist bias« nicht toleriert hätten. In den Jahren nach der Gründung haben denn, teilweise unter dem Deckmantel des Peace Corps, Fakultätsmitglieder der GSB in Peru »post-graduate management training« durchgeführt, um »management development« und »small business« in Peru und Kolumbien abzustützen.

IV,3. Auch mit der BRD hat Stanford schon Erfahrungen im Management Export. 1968 gab das US-Pentagon 323 000 \$ für folgenden Auftrag aus:

»Dienste erlangt zugunsten der Bundesrepublik Deutschland um bestimmte Management Policy und Praxis für und im Rahmen des bundesdeutschen Verteidigungsministeriums zu formulieren.«

Das Projekt wurde (und wird?) realisiert vom SRI, zusammen mit Stanfords Ökonomen.³⁸

Um das »Management-Gap«³⁹ hier zu füllen, »das Klima des Unternehmertums« zu sichern . . . geht Stanfords nächster Beitrag ans Wissenschaftszentrum Berlin, durch die Delegation des Direktors Howell, der dort die ganze Arbeit samt Einstellung strukturieren soll.

Dies geschieht durch Vermittlung und im Ende auch mit Finanzierung der Ford Foundation, die dem Wissenschaftszentrum schon 15 Millionen \$ für sein Management Doktorandenprogramm zugesichert haben soll. Auch die Ford Foundation ist, wie Stanford, kein Neuling im Management-Export-Geschäft. Sie finanzierte z. B. diverse Programme für »die Ausbildung der Manager-Infrastruktur in den Proto Capitalismen der Dritten Welt«⁴⁰. Sie unterstützte zusammen mit der AID und dem CIA (über eine cover-foundation), z. B. ein Projekt an der Harvard-Universität, das auch die westdeutsche Managerausbildung miteinbeziehen sollte: ein »Center for International Management« – in manchem ähnlich dem »Internationalen Institut für Management und Verwaltung« –, das aber schließlich in Harvard dennoch nicht aufgebaut wurde^{40 41}.

IV, 4. Nachdem über Pressemeldungen (Frankfurter Rundschau v. 12. 5. 1970) und Gegendarstellungen der Wissenschafts-GmbH (Frankfurter Rundschau v. 28. 5. 1970) dieser Artikel schon im Vorabdruck Gegenstand öffentlicher Kontroverse ist, mag es sinnvoll sein auf diese einzugehen:

Gerd Brand, Geschäftsführer der privaten Gegenuniversität, läßt in einer Gegendarstellung (adressiert an die Frankfurter Rundschau)⁴² folgendes verlautbaren:

³⁸ Vgl. The University-Military Complex, a. a. O., S. 51.

³⁹ Zum Management Gap vgl. die in »Wissenschaft im Klassenkampf« nachgedruckte Literatur und z. B.: Haben wir eine »Management-Lücke«?, Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, 1968.

⁴⁰ Angaben entstammen eines vervielf. Man. o. O., o. J., o. A.

⁴¹ Zur Selbstreflexion der US-Sozialwissenschaften über Ihre Beteiligung an »counter-insurgency« Forschungen vgl. Irving Louis Horowitz (Hg.), The Rise and Fall of Project Camelot, Studies in the Relationship Between Social Science and Practical Politics, Cambridge 1967.

⁴² Per Rechtsanwalt zugestellt. Rechtsanwalt: Anna von Schoenebeck, Amrehm u. a. »von Person bekannt«, war auch bei der Satzungsgebung der Wissenschafts-GmbH beteiligt.

»Es wird behauptet, die Stanford Graduate School of Business (GSB), deren Dekan Prof. Howell ist, habe ein Vietnam Programm und betreibe Kriegsforschung. Diese Behauptung ist falsch.

Sie behaupten, das internationale Institut für Management und Verwaltung, dessen Direktor Prof. Howell ist, solle zum großen Teil aus Mitteln der Ford-Foundation finanziert werden. Tatsache ist, daß keine konkreten Pläne dieser Art bestehen. Vielmehr soll das Institut aus Bundesmitteln finanziert werden. Das Wissenschaftszentrum Berlin hat jedoch im Hinblick auf den internationalen Charakter seiner Institute wiederholt erklärt, daß es später an einer Förderung von dritter Seite (Regierungen anderer Staaten, internationale Organisationen, deutsche und ausländische Stiftungen z. B. Ford Foundation) interessiert ist«.

Gemäß den uns verfügbaren Informationen »behaupten« wir, daß die Stanford Universität, insbesondere das SRI und auch die GSB (zu Arbuckles Zeit wurden beide Organisationen in Personaleinheit geleitet) durch Forschungsaktivitäten militärischer, technologischer, sozial-technologischer Art (teils pentagon-, teils industriefinanziert) in die Unterdrückungsprogramme der USA im *Pazifischen Raum* (»Forschung im Dienste der Repression«) »verstrickt« ist. Ob die GSB (*qua Fakultät*) ein »Vietnam-Programm« hat und »Kriegsforschung« betreibt, ist uninteressant (und auch nicht behauptet).

Zur Finanzierung durch die FORD-Foundation ist zu bemerken: Der Wissenschaftsrat selbst spricht in einem spätestens auf Anfang 1970 datierenden Entwurf von »einer Absichtserklärung der Ford-Foundation, einen Beitrag zur Finanzierung des Instituts zu leisten«⁴³. Der durch Brand gewöhnlich gut informierte Berliner Abend berichtet am 22. 4. 1970:

»Wichtiger aber noch war das Angebot der Ford-Foundation in Europa 15 Millionen Dollar für ein Programm auf diesem Gebiet auszugeben. Es fehlte nur noch das Institut ... Als die FORD-Foundation wußte, daß James E. Howell nach Berlin verpflichtet war, wurde die Unterstützung zugesichert«.

Der Abend unterstützt im übrigen von Anfang an das Wissenschaftszentrum ohne Zögern. Nach der Pressekonferenz der GmbH berichtete die FAZ am 23. 4. 1970:

»daß die FORD-Foundation 15 Millionen Mark für ein europäisches Doktorandenprogramm unter der Bedingung geben wollte, daß die europäischen Partner dieses Vorhaben ebenfalls mit 10 Millionen DM unterstützten. Um hier berücksichtigt werden zu können, habe man sich entschlossen, möglichst schnell erst einmal ein Institut für Management zu gründen. Ob das Berliner Institut nun die Gelder der FORD-Foundation erhalten wird, ist noch nicht entschieden«.

Von derselben Pressekonferenz berichtet der Telegraf (anders als die FAZ) Definitives über die Finanzierung, und die »BZ« verweist darauf, daß die FORD-Foundation Pläne zur Förderung eines ähnlichen Brüsseler Instituts im Hinblick auf die Wissenschafts-GmbH zurückgestellt habe. Die Los Angeles Times schreibt am 3. Mai 1970:

»At the end of the rainbow is a pot of Ford-Foundation gold – some \$ 15 million the foundation wants to put into an Americanstyle think tank in Europe. Brand figures West Berlin is the ideal place but he hopes to launch the center independent of such largess.«

Man mag nun selbst beurteilen, ob »konkrete Pläne dieser Art bestehen«. Weiterhin läßt Herr Brand verlautbaren:

⁴³ St. Leibfried u. a., a. a. O., S. 40.

«Wenn Sie schreiben, Professor Howell solle die ganze Arbeit des Internationalen Instituts für Management und Verwaltung samt Einstellung strukturieren, so ist dem zu entgegen: Der Gründungsplan des Internationalen Instituts für Management und Verwaltung ist auch für den Gründungsdirektor Howell bindend. Dementsprechend geschieht die Strukturierung der Forschungsarbeit des Instituts im demokratischen Einvernehmen mit den ständigen wissenschaftlichen Mitarbeitern. Darüber hinaus ist der Direktor gegenüber dem internationalen Aufsichtsgremium des Internationalen Instituts für Management und Verwaltung verantwortlich.»

Der einzige Punkt, an dem dieser Gründungsplan nicht vage ist, ist der der »politischen Konzeption«: technokratische Anpassungsarbeit auf Spitzenebene im Rahmen vorausgesetzter und zu stabilisierender Kapitalverwertung zu leisten⁴⁴. Da nach Presseverkündigungen Brands erst Ende des Jahres 8 Ausländer und 2 Deutsche eingestellt werden sollen (wer hat diese de facto ausgewählt? wurden sie ausgeschrieben? um welche Wissenschaftler handelt es sich? ...), kann Herr Howell, den das Zentrum zu bislang immer noch verschwiegenem Honorar⁴⁵ seit dem 1. April 1970 in Dienst genommen hat (und der weiterhin noch in Stanford residiert), bis dahin in »demokratischem Einvernehmen« mit sich selbst handeln und Personelles als »Gründungsdirektor« entscheidend vorstrukturieren. Schließlich »spielt (der Direktor) eine übergreifende Rolle der Koordination und trägt die Hauptverantwortung für die Erreichung der Ziele des Instituts« (Gründungsplan). Schon im Hinblick auf die starke Anlehnung an den amerikanischen Typus direktorialer Wissenschaftsverwaltung, der dem Gründungsplan zugrundeliegt, dürfte Howell eine starke Stellung haben.

Im übrigen: daß der Fachausschuß⁴⁶ den Direktor kontrolliere, ist – falls er es überhaupt tut⁴⁷ – bei der gegebenen Zusammensetzung dieses Ausschusses unwichtig; darüber kann auch der x -fache Gebrauch von »international« nicht hinwegtäuschen. Genau darin, daß entgegen allem Pluralismusgerede das politische und praktische Vorverständnis des Instituts *festgelegt* (s. Gründungsplan) ist und daß Herr Howell dieses in seiner wissenschaftlichen Vorarbeit und politischen Sozialisation schon längst verinnerlicht haben dürfte, genau darin liegt im übrigen auch die Unsinnigkeit des Verweises aufs »demokratische Einvernehmen«: Solange eine politisch-wissenschaftlich homogene Wissenschaftlergruppe selegiert wird (... der Gründungsplan ist ja schließlich für Howell verbindlich ...), solange ist »Demokratie« dort sowieso *nie mehr als eine Klima- und Motivationsfrage*, jeglicher substantieller Momente entleert.

Als letztes, zur Charakterisierung der Pressepolitik des Wissenschaftszentrums, sei auf eine Passage eingegangen, die wesentlich nur die Meldung der Frankfurter Rundschau betrifft:

«Die Meldung, die Professoren Aron und Karl W. Deutsch hätten ihre Mitarbeit als Mitglieder des Fachausschusses für das vom Wissenschaftszentrum Berlin geplante Internationale Institut für Konflikt und Friedensforschung eingestellt, entspricht nicht den Tatsachen. Beide sind nach wie vor Mitglieder des Fachausschusses.»

Daß R. Aron seine Arbeit beim Wissenschaftszentrum eingestellt hätte, wäre in der Tat – angesichts seiner politischen Prädispositionen – verwunderlich: dies dürfte eine Falschmeldung gewesen sein und Aron hat dies sicher auch gleich in einem Brief beteuert. Zu Karl W. Deutsch, Harvard-Professor für Politikwis-

⁴⁴ Vgl. zum Gründungsplan: KJ 1/70, S. 77 ff.

⁴⁵ Schätzungsweise (je nach Umrechnungsquote): 120 000–180 000 DM/Jahr.

⁴⁶ Zur Zusammensetzung vgl. KJ 1/70, S. 74 FN 4.

⁴⁷ Vgl. dazu die Süddeutsche Zeitung vom 25./26. 4. 1970.

senschaft und Präsident der International Political Science Association, genügen Zitate aus einem Brief vom 4. Mai 1970 an G. Brand, die dieser (»information management«) der Öffentlichkeit vorenthielt:

»As you recall, I took certain views on these matters at the meeting of our Advisory Council last February. Now, as then I should suggest *closer ties with the universities of West Berlin . . .*, explicit provisions for the security and scholarly independence of all scholars, senior and junior, and for some explicit share for them in the governing of the Institute, the deliberations about the development of a research program and about the selection of a Director . . . The problems of the Berlin Science Center can only be worked in Germany, by German scholars and statesmen. I hope that they will be worked out successfully and that solutions will be found that command wide agreement, *including that of the Rectors of the two West Berlin universities and of the scholars who may share Professor Fetscher's present concerns.*

Until such agreement is reached, however, I should be grateful if you would not use my name in connection with the proposed Institute. I should not like to seem to be taking sides, even unwittingly, with the present promoters of the Institute against their serious and responsible critics.

When your problems will be resolved constructively, . . ., I shall be glad to help in the cause of your proposed Peace Research Institute in any way I can.»¹⁸

Nun, da Herr Brand mit Karl Deutsch's Namen wieder Pressepolitik betreibt, müßte man annehmen, daß er sich mit den beiden Westberliner Universitätspräsidenten über das Wissenschaftszentrum einig geworden ist?

V. Die Veröffentlichung zum Wissenschaftszentrum in der letzten Nummer der *Kritischen Justiz* hat Material geliefert für Ansätze zu einer wissenschaftspolitischen »Kampagne«.

Sie wurde als Agitationsgrundlage an der Freien Universität vervielfältigt, verteilt und verwertet und ist auch in das vervielfältigte Gutachten eingegangen, daß auf der Pressekonferenz der FU/TU verteilt wurde¹⁷. Insoweit mag diese Veröffentlichung sinnvoll, weil folgenreich gewesen sein.

Folgenreich auch insofern, als das Wissenschaftszentrum Berlin die Möglichkeit hochschul- und wissenschaftspolitischer Aktion innerhalb der FU »reaktivierte« und die praktische Auseinandersetzung mit diesem Zentrum im Zusammenhang des Kampfes gegen die technokratische Hochschulreform (s. u. a. Leussinks Thesen und im September Leussinks Hochschulgesetz) öffentlich und kontrovers diskutiert wurde (teach in am 27. 4. 1970, TU Berlin)

Für den Bereich der veröffentlichten Meinung hat dieser Beitrag Vorinterpretationen beige-steuert, die teilweise übernommen wurden, aber angesichts der marginalen Bedeutung »veröffentlichter Kontrolle« und der restriktiven Bedingungen ihrer Produktion wirkungslos bleiben mußten.

Für den Bereich institutionalisierter Aktivitäten im wissenschaftspolitischen Bereich (Bundesassistentenkonferenz, Präsidialämter FU/TU, Westdeutsche Rektorenkonferenz . . .) sind Informationsdefizienzen ausgeglichen worden, so daß ein zeitlich/sachlicher Handlungsvorteil erreicht wurde. Für Handlungen allerdings, die sich nicht im Rahmen politischer Strategien, sondern eher reaktiv, und nicht in Bezug auf aktiv partizipierende demokratische Gruppen definierten. Schon deshalb ist anzunehmen, daß diese bürokratischen Aktivitäten, so ernsthaft sie auch gemeint sein mögen, den Trend kaum blockieren oder gar ändern, sondern bei Marginalkorrekturen sich auf ihn einlassen werden.

Lukas Niemann

¹⁸ Alle Sperrungen nicht im Original.